

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 16.10.2018

AN/1409/2018

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	06.11.2018

Zukunftssicherheit für Händler und Beschäftigte des Großmarktes über 2023 hinaus- wie steht es mit der Umsetzung der Ratsbeschlüsse zum Neubau eines Frischezentrums in Marsdorf?

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu nehmen:

Anknüpfend an die Grundsatzbeschlüsse des Jahres 2007 zum Umzug des Großmarktes und Neubau eines Frischezentrums hat der Rat in den Beschlüssen vom 22.9. 2016 (Vorlage 2351/2016 einschließlich der Ergänzungen aus AN1581/2016 der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE) vom 11.07.2017 (Vorlage 0728/2017; einschließlich der Änderungen aus AN/1047/2017 der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen) diese Absicht bekräftigt und die Verwaltung mit der Fortsetzung der Planung sowie der Erstellung weiterer Gutachten beauftragt.

Seitdem hat die Verwaltung in den Mitteilungen 2067/2017 und 2937/2017 dem Wirtschaftsausschuss zu den Sitzungen am 10.07.2017 und 09.10.2017 über die Umsetzung dieser Arbeitsaufträge berichtet und weitere Teilschritte angekündigt.

Leider ermöglichen es diese Mitteilungen weder der Stadtgesellschaft noch den unmittelbar von den Planungen betroffenen Händlern und Beschäftigten des Großmarktes, einen zusammenhängenden Gesamteindruck vom aktuellen Stand des gesamten Planungsverfahrens und seiner Fortschritte zu gewinnen.

Ausdrücklich begrüßen die Fragesteller, dass die Oberbürgermeisterin am 14.9. in einem Gespräch mit der IG Großmarkt den Dialog mit den Großmarktakteuren fortgesetzt und zumindest

für die auf dem eigentlichen Großmarktgelände ansässigen Unternehmen eine Verlängerung der Miet- und Pachtverträge zugesagt hat, was Ihnen bis 2023 Planungssicherheit bietet.

Ihre Pressemitteilung zu diesem Gespräch enthält eine eindeutige Festlegung auf die langfristige Umsetzung der Planungen für die Parkstadt Süd und deren Ziele, nicht aber eine vergleichbare Aussage zur Zukunft des Großmarktes über 2023 hinaus sowie zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse für den Neubau des Frischezentrums.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1.) Wie ist der jeweilige Verfahrensstand der Umsetzung der in den angesprochenen

Ratsbeschlüssen enthaltenen Arbeitsaufträge des Rates an die Verwaltung, und wann können diese Gutachten bzw. Arbeitsergebnisse der Verwaltung voraussichtlich dem Rat und seinen Fachausschüssen vorgelegt werden?

Bitte jeweils einzeln beantworten für:

- „Fortsetzung der Planungen für Marsdorf mit dem Ziel, dass bis spätestens 2020 das erforderliche Planungs- und Baurecht für die Erstellung des Frischemarktes geschaffen wird,“
- „Prüfung verschiedener Betriebsformen für einen künftigen Marktbetrieb einschließlich der jeweiligen wirtschaftlichen Auswirkungen und möglicher Auswirkungen auf den städtischen Haushalt“ (Beschluss aus AN/1047/2017 Buchstabe C v. 11.07.2017, Punkt 4. aus Mitt. 2064/2017)
- „Beauftragung einer konzeptionellen Planung einschl. Kostenkalkulation einschließlich Raumprogramm und Infrastruktur sowie Beteiligung der Frischemarktakteure am Planungsprozess? (ebd., Punkt V aus Mitt. 2064/2017)

2.) Haben die in der Begründung zur Vorlage 0728/2017 getroffenen Aussagen noch Bestand, dass „Planungs- und Baurecht auf der Grundlage der bereits vorliegenden Ergebnisse bis 2020 geschaffen“ werden kann sowie „eine Errichtung des Frischezentrums in Marsdorf bis Ende 2023 möglich“ ist?

3.) Bezieht sich die Aussage von Frau Oberbürgermeisterin Reker aus der Pressemitteilung ‚Großmarkt Köln‘ vom 14.09. 2018, sie sei zuversichtlich, dass „wir Ende des Jahres dahingehend einen großen Schritt weiter sind,“ lediglich auf die Lösung des kurzfristigen Problems der Verlängerung der Miet- und Pachtverträge auf dem Großmarktgelände bis 2023 oder schließt diese Aussage den Neubau eines Frischezentrums für den Zeitraum nach 2023 mit ein?

4.) Warum fehlt in dieser Pressemitteilung – anders als zu den Planungen für die Parkstadt Süd – jeder eindeutige Bezug auf den vom Rat im Grundsatz beschlossenen Neubau des Frischezentrums als Grundlage der Planungssicherheit für die betroffenen Händler und Beschäftigten über das Jahr 2023 hinaus?

5.) Wie viele dem Großmarkt zuzurechnende Unternehmen mit wie vielen Beschäftigten sind auf der in der Pressemitteilung als „ehemaliges Aurelis-Gelände“ angesprochenen Fläche

ansässig, und welche Vorstellungen hat die Verwaltung, wie diesen Unternehmen ein Weiterbetrieb in Köln bis zum potentiellen Umzug in den neuen Frischemarkt ermöglicht werden kann?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Michael Weisenstein
Geschäftsführer
Fraktion DIE LINKE